

Danziger Zeitung.

Nr. 18857.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Insertionskosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Neum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Bremen, 18. April. (W. L.) In einer 800 Mann starken Versammlung der Belegschaft der Schächte „Eintracht“ und „Tiefblau“ wurde die Fortsetzung des Streikes beschlossen.

Petersburg, 18. April. (W. L.) Die Bevölkerung der Großfürstin Olga fand gestern in der Peter-Pauls-Kathedrale statt. Der Kaiser, die Kaiserin, der Herzog von Sachsen-Altenburg und Prinz Wilhelm von Baden wohnten der Feier bei.

Politische Uebersicht.

Danzig, 18. April.

Fürst Bismarck als Stichwahl-candidat und Conservativer.

Unser Berliner Correspondent schreibt über Fürst Bismarcks Candidatur:

„In parlamentarischen Kreisen wird der Austritt der Erfahrung im 19. hannoverschen Wahlkreis begreiflicher Weise lebhaft discutirt und daran die Frage nach dem Ausgang der nothwendig gewordenen Stichwahl zwischen dem Fürsten Bismarck und dem sozialdemokratischen Tigarrenarbeiter Schmalzfeld geknüpft, der, wenn er gewählt werden sollte, gerade das dritte Dutzend Abgeordnete, welche Fürst Bismarck seiner Zeit den Socialdemokraten zugestehen wollte, voll machen würde. Rechnet man nun die Stimmen auf der einen und diejenigen auf der andern Seite zusammen, so wäre ja der Sieg der Socialdemokraten bei der Stichwahl möglich; aber bei Wahlen muß man mit anderen Faktoren rechnen. Seit der Aufhebung des Socialisten gesetzes hat die Neigung im Schope der nicht-socialdemokratischen Parteien, eventuell für Kandidaten der Socialdemokraten zu stimmen, erheblich abgenommen. Die Märtyrerrolle der letzteren ist ausgespielt und ihr Verhalten im Laufe des letzten Jahres hat eine Reaction herbeigeführt, die bei der Stichwahl dem Fürsten Bismarck zu gute kommen dürfte. Unter diesen Umständen erscheint es ausgeschlossen, daß die Wähler, die für Adloff gestimmt haben, auch nur insoweit sie wirklich freisinnig sind, geschlossen für den Socialdemokraten stimmen. Was die Wahlen betrifft, so weiß man hier, daß dieselben sich sehr erbittert gegen den früheren Reichskanzler aussprechen; aber daß von Partei wegen die Parole: gegen Bismarck für Schmalzfeld ausgegeben wird, ist nicht gerade wahrscheinlich. Auf der anderen Seite ist es zweifellos, daß manche Wähler, die früher für den national-liberalen Kandidaten gestimmt, die Candidatur des Fürsten Bismarck aber nicht unterstützen haben, jetzt, wo Fürst Bismarck zur Stichwahl mit dem Socialdemokraten steht, für die Wahl des ersten eintreten werden. Die Verbeugung, die Fürst Bismarck in seiner Ansprache an die Deputation der Aelteren Conservativen vor dem Cartell gemacht hat (vergl. unten) wird sie in dieser Schwung nur verstärken. Ob Fürst Bismarck, wenn die Stichwahl zu seinen Gunsten ausfällt, wirklich im Reichstage erscheinen wird, ist eine andere Frage. In dieser Session wird er schwerlich noch erscheinen. Was die nächste Session betrifft, so mag er ja jetzt noch die Absicht haben, bei der einen oder anderen Gelegenheit sich im Reichstage zu zeigen; aber darüber, ob er diese Absicht wirklich ausführen wird, gehen die Meinungen weit auseinander. Nach der ganzen Haltung, welche er seit seinem Rücktritt der Regierung gegenüber eingetragen hat, würde sein Aufenthalt in der Reichshauptstadt gewiß ein für ihn sehr unangenehmer werden, selbst wenn er der Nothwendigkeit, in einem Berliner Hotel Wohnung zu nehmen, entgehen sollte. In der Hauptsache, so meint man, habe Fürst Bismarck seine Aufstellung im 19. hannoverschen Wahlkreise nur getrieben lassen, weil er der Ansicht ist, daß seine Stimme mehr ins Gewicht fallen, wenn er Inhaber eines Reichstagmandats sei; mit dem Mandat zugleich die Verpflichtung zur Ausübung desselben in dem gewöhnlichen Sinne zu übernehmen, sei niemals seine Absicht gewesen. Inwieweit das richtig ist, läßt sich heute schwerlich entscheiden. Jedenfalls aber wird Fürst Bismarck in seiner Eigenschaft als Mitglied des Reichstages für den 19. hannoverschen Wahlkreis ebenso wenig den Gang der Regierungspolitik verändern können, wie ihm das bisher als Fürst Bismarck möglich gewesen ist.“

Wenn übrigens die „Münchener Allg. Zeitung“, der Doppelgänger der „Hamb. Nachr.“, jetzt andeutet, Fürst Bismarck werde das Mandat nur annehmen, wenn er mit hinreichender Mehrheit gewählt werde, so ist das nur ein Spiel mit Worten, ohne hinreichende Mehrheit wird er eben nicht gewählt. Wenn er auf die Art der Wahl Gewicht hätte legen wollen, so müßte er die Aufstellung seiner Candidatur in Geestemünde verhindern, was ihm ja ein Leichtes gewesen wäre.“

Es ist jedenfalls eine Ironie des Schicksals, sondergleichen, daß Fürst Bismarck, wenn er, wie wahrscheinlich, gewählt wird, sein Mandat nur der Mithilfe der Welsen und Freisinnigen zu verdanken haben wird. „Wie wurde“, bemerkte sehr treffend dazu die „Doss. Zeitung“, bei den letzten beiden Reichstagswahlen die freisinnige Partei gehöhnt, daß sie auf den beiden Arücken der Socialdemokratie und des Centrums in den Reichstag humpelte! Und jetzt wird Fürst Bismarck bestensfalls nur dann in den Reichstag kommen, wenn ihm auf der einen Seite die Freisinnigen, auf der anderen die Welsen als Arücken dienen. Wahrlich, ein ergötzliches Schauspiel!“

Der conservative „Reichsbote“ nennt die Stichwahl „ein widerwärtiges Schauspiel“, das „allen patriotisch Gesinnten wie ein Stich durchs Herz geht“ und das man „uns vor den Augen der Welt hätte ersparen sollen.“

Die nationalliberale „Magdeburg. Zeitung“ nimmt keinen Anstand, das Wahlausultat als eine „Niederlage“ zu bezeichnen, die „erst in das rechte Licht tritt, wenn man das Ergebnis mit dem der vorjährigen Wahl vergleicht“, wo der national-liberale Kandidat bekanntlich erheblich mehr Stimmen erhielt, als jetzt der Fürst Bismarck. Die „Magdeburger Zeitung“ bezeichnet Bismarcks Candidatur um so mehr als einen „politischen Fehler“, weil es gerade jetzt, wo der Fürst gegen Landgemeindeordnung und österreichischen Handelsvertrag opponiert, einen sonderbaren Eindruck mache, wenn Nationalliberale seine Candidatur in einem bisher ihnen gehörigen Wahlkreise aufstellen und betreiben.“

„Der Fürst hat“, fährt das nationalliberale Organ dann fort, „sich stets als Conservativen bezeichnet, er ist aus dieser Partei, aus der er hervorgegangen, niemals ausgetreten, so hart er oft mit ihren Vertretern in Reichs- und Landtag zusammengestoßen ist — während er anderseits offen erklärt hat, daß ihm der „Liberalismus“ mit dem zunehmenden Alter immer „verhaßter“ werde. Die Conservativen waren es, die dem Kanzler einen Wahlkreis zugetreten hatten, falls er in den Reichstag einzutreten wünschte. Für die Nationalliberale lag kein hinreichender Grund dazu vor.“

Wir haben dem nur den Ausdruck unserer Genugthuung hinzuzufügen darüber, daß auch ein nationalliberale Organ einmal darauf hinweist, daß Fürst Bismarck als ein erklärter entschiedener Foe des Liberalismus den Anspruch auf besondere Liebe seitens der Liberalen längst verwirkt hat. Eine solche nationalliberale Stimme ist freilich auch unter den Nationalliberalen, wie sie seit dem für ihren Liberalismus so verhängnisvollen Tage von Heidelberg geworden sind, schon längst zur größten Seltenheit geworden.

Seinen conservativen Charakter hat übrigens gerade jetzt Fürst Bismarck wieder einmal ausdrücklich betont und zwar in der Unterredung mit der Aelteren conservativen Deputation, von der in der heutigen Morgen-Ausgabe nach den „Hamb. Nachr.“ kurz berichtet war. In den „Hamb. Nachr.“ und dem „Aelterer Tagblatt“ wird jetzt der Wortlaut der dabei von dem Fürsten gehaltenen Rede veröffentlicht. Danach sagte er: „Man fragt oft: Was heißt conservativ? Wirklich überzeugt heißt's erhalten, aber dies erhalten bleibt nicht etwa darin, daß man immer tritt, was die jedesmalige Regierung will. Denn diese ist etwas Wandelbares, die Grundlagen des Conservativismus aber sind beständig. Es ist also nicht nötig oder auch nur nötig, daß die conservativen Partei unter allen Umständen ministeriell sei, conservativ und ministeriell fällt nicht immer zusammen: ich habe als Minister die Conservativen ja oft genug zu Gegnern gehabt und ihnen das nicht zum Vorwurfe angerechnet, soweit ihre Angriffe sich nicht auf das persönliche Gebiet erstreckten, wie zu den Seiten der Reichsglocke.“

Es gibt ein altes, gutes politisches Sprichwort: „Quiesca non move, das heißt, was ruhig liegt, nicht quellen, und das ist echt conservativ: eine Gefechtsrede nicht mitmachen, die beruhigt, wo das Bedürfnis einer Änderung nicht vorliegt. Auch in ministeriellen Kreisen gibt es Leute, die einstellig das Bedürfnis haben, die Menschheit mit ihren Elaboren gleichlich zu machen. Eine Regierung, welche unnötige Neuerungen vertreibt, wirkt anticonservativ, indem sie geheiliche Zustände, die sich als brauchbar bewährt haben, ändert ohne Anregung durch die Betheiligten.“

Nachdem Fürst Bismarck alsdann ausgeführt, daß seine Bemühungen um die deutsche Einheit echt conservativ gewesen seien, meinte er, daß es nicht nothwendig sei, einer Fraktion anzugehören, um conservativ zu sein. Deshalb habe er sich auch um das Cartell zwischen den Conservativen und Nationalliberalen Mühe gegeben, und bedauerte es, wenn das Cartell zerfalle. Die Rede schloß wie folgt:

„Meine Wünsche sind nicht gegen die jetzige Regierung gerichtet, ich möchte nur, daß sie den erwähnten lateinischen Spruch Quiesca non move beachte, als einen der obersten staatlichen Grundsätze. Man hat von mir verlangt, ich solle mich um Politik nicht mehr kümmern. Niemals ist mir eine größere Dummkopf vorgekommen, als diese unehrliche Forderung. Sachverständige haben bei öffentlicher Behandlung von Fragen, die in ihr Fach schlagen, das größte Recht und unter Umständen die Macht mitzuhören, und ich glaube nach meiner langen Amtsführung nicht ganz ohne Fachkenntniß zu sein. Meine Mitwirkung kann jetzt nur mehr nach der negativen Seite hin äußern, aber einer Maxime gegenüber, die ich für schädlich halte, mein sachmäßiges Urtheil auszusprechen, werde ich mir von niemandem verbieten lassen.“

Dies ist auch conservativ, glaube ich, conservativ: nicht ministeriell, sondern erhalten.

So begrüße ich Sie als meine politischen Freunde und hoffe, daß Sie Alle, die hier im Zimmer sind, in diesem Sinne sich conservativ nennen. Ich werde nicht lange mehr Ihr Mitarbeiter sein. Möchten diese politischen Grundsätze nicht mit mir austreten, sondern unsere politische Arbeit in der Bahn weitergeführt werden, die unser hochseliger Herr vorbereitet hat.“

Und wenn Fürst Bismarck noch öfter betont, er handle „nicht aus Oppositiolust“, so wird doch niemand aus diesen Äußerungen etwas anderes herauslesen vermögen, als eben Opposition gegen die jetzige Regierung. Er will in den Bahnen weiter verharren, „die unser hochseliger Herr vorgezeichnet hat“. Damit meint er — das ist klar — seine eigene innere Politik, und daß man diese verlassen hat, das nennt er zornig „quieta movere“, das möchte er rückgängig machen. Mit anderen Worten, die Reform der Landgemeindeordnung in Preußen ist anticonservativ, anticonservativ ist die Veränderung der Lebensmittelzölle, der Handelsvertrag mit Österreich, die theilweise Aufhebung der Viehtransportverbote, die Aufhebung des Verbots der Einfuhr von amerikanischem Speck und Schinken und die Beseitigung der Zuckerausfuhr.

prämiert. Echt conservativ sein heißt im Sinne des Fürsten Bismarck, eine Regierung, die dergleichen will, mit allen Mitteln bekämpfen. Die Parole des Fürsten Bismarck lautet: „Es muß alles beim alten bleiben.“

Dass Fürst Bismarck mit diesem echt conservativen Pronunciamiento seine Chancen als Stichwahlkandidat in Geestemünde verbessert und es den nicht conservativen und — was dasselbe ist — rechtsnationalliberalen Elementen leicht gemacht hat, in der Stichwahl für ihn zu stimmen, wird man nicht gerade behaupten können.

Der Normalarbeitsstag im Reichstage.

Die Discussion über den socialdemokratischen Maximalarbeitsstag, mit dem der Reichstag sich gestern beschäftigte, hatte von vornherein einen vorwiegend theoretischen Charakter, die Ablehnung des Antrags Auer stand in keinem Augenblick in Frage. Es handelte sich nur darum, die Stellung der einzelnen Parteien zu dieser Frage vor der Öffentlichkeit klar zu legen, um der socialdemokratischen Agitation Schranken zu setzen. Herr Auer hat in einer endlosen Rede die Gründe, die sich für einen zehnfündigen Maximalarbeitsstag beibringen lassen, entwickelt und sich mit den Gegnern, den Abg. Leuschner und Dr. Barth, sowie dem Handelsminister in eingehendster Weise auseinander gesetzt. Aber er hat von vornherein zugegeben, daß die gesetzliche Fixierung der Dauer des Arbeitstages für alle erwachsenen männlichen Arbeiter den Charakter eines Eingriffs in die Lohnverhältnisse habe; und gerade das ist der Standpunkt, den der Handelsminister und der Abg. Barth, so sehr sie in einzelnen Punkten verschiedener Meinung sein mögen, prinzipiell ablehnen. Die klare und das ganze Wesen dieser Frage lichtvoll umfassende Rede des Abg. Barth fand und verdient besondere Beachtung. Hinterher gab ja auch Auer seine ganze Argumentation wieder preis, indem er zugestand, daß sich ein 10fündiger Arbeitstag nicht so ohne weiteres gesetzlich durchführen lasse. Ist das richtig, so ist der Antrag selbst undurchführbar.

Die Redner der Mehrheit und der Handelsminister wiesen immer wieder auf den § 120 hin, der den Bundesrat ermächtigt, im einzelnen Falle, wo die übermäßige Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet, die Maximal-Arbeitszeit einzuschränken. Hier, wie in allen anderen Arbeiterschutzbestimmungen ist die Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter das maßgebende. Den erwachsenen männlichen Arbeiter in der berechtigten Ausnutzung seiner Arbeitskraft zu beschränken und zu beormunden, ist nicht die Absicht des Gesetzes, wohl aber diejenige des Antrags Auer und deshalb mußte derselbe abgelehnt werden. Gerade in diesem Punkte waren die Ausführungen des Handelsministers von der größten Alartheit und geeignet, Befürchtungen, die frühere Vorgänge auf der einen oder anderen Seite hervorgerufen hatten, zu zerstreuen. Die Rede des Herrn v. Berlepsch wurde deshalb nicht so ohne weiteres gesetzlich durchgeführt. Ist das richtig, so ist der Antrag selbst undurchführbar.

Die Redner der Mehrheit und der Handelsminister wiejen immer wieder auf den § 120 e hin, der den Bundesrat ermächtigt, im einzelnen Falle, wo die übermäßige Dauer der Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet, die Maximal-Arbeitszeit einzuschränken. Hier, wie in allen anderen Arbeiterschutzbestimmungen ist die Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter das maßgebende. Den erwachsenen männlichen Arbeiter in der berechtigten Ausnutzung seiner Arbeitskraft zu beschränken und zu beormunden, ist nicht die Absicht des Gesetzes, wohl aber diejenige des Antrags Auer und deshalb mußte derselbe abgelehnt werden. Gerade in diesem Punkte waren die Ausführungen des Handelsministers von der größten Alartheit und geeignet, Befürchtungen, die frühere Vorgänge auf der einen oder anderen Seite hervorgerufen hatten, zu zerstreuen. Die Rede des Herrn v. Berlepsch wurde deshalb nicht so ohne weiteres gesetzlich durchgeführt. Ist das richtig, so ist der Antrag selbst undurchführbar.

Die Anleihe für Kamerun.

Dem Bundesrat liegt bekanntlich ein Nachtragsetat vor, der die Anleihe für Kamerun betrifft. Der „Pol. Corr.“ wird hierzu aus Berlin folgendes geschrieben: „Bei der prinzipiellen Bedeutung des Anleiheprojekts dürfte sich aus diesem Anlaß im Reichstage wieder eine große Colonialschulden entwickeln. Die ursprüngliche Absicht der Regierung, den Reichstag mit dieser aus den Erträgen der Colonie zu versorgen und zu tilgenden Anleihe überhaupt nicht zu befallen, findet, wie unsere Meldung bestätigt, auch jetzt noch zahlreiche Anhänger“. Diese offiziöse Notiz läßt darauf schließen, daß die Anleihen über diesen Gegenstand auch innerhalb der Regierung getheilt sind.

Folgen des deutsch-österreichischen Handelsvertrages.

Ein Berliner Brief der „Politischen Correspondenz“ bestätigt, daß nach dem demnächstigen Perfectwerden des deutsch-österreichischen Handelsvertrags Verhandlungen mit anderen Ländern beginnen werden, deren eventuelle Verträge mit dem österreich-deutschen Vertrage in Zusammenhang stehen, ohne daß Letzterer vom Zustandekommen jener Verträge abhänge, es gelte dies namenlich bezüglich der Schweiz und Serbiens. In Betreff der noch in weiterer Ferne liegenden Verhandlungen mit Rumänen würden die Erfahrungen mit dem autonomen rumänischen Tarif abgewartet werden. Belgien warte die Schlußfeste des französischen Parlaments ab und werde sich in seinem eigenen Interesse der mitteleuropäischen Handelspolitik wahrheitlich anschließen müssen.

Das Testament des Prinzen Napoleon.

Die Authentizität des nunmehr vom „Figaro“ veröffentlichten Textes des Testaments des Prinzen Jerome wird in Genf „von berufener Seite“ angezeiget. Er darin enthaltenen Einzelheiten, wie die Entfernung des Prinzen Victor, die Einschaltung des Prinzen Louis zum Universalerben, die Übertragung der Vertretung der napoleonischen Sache an denselben, die Wünsche über die Besetzung im Invalidendom oder Ajaccio sind sämmtlich bereits bekannt. Die Stelle, in welcher die Reform der Landgemeindeordnung in Preußen ist anticonservativ, anticonservativ ist die Veränderung der Lebensmittelzölle, der Handelsvertrag mit Österreich, die theilweise Aufhebung der Viehtransportverbote, die Aufhebung des Verbots der Einfuhr von amerikanischem Speck und Schinken und die Beseitigung der Zuckerausfuhr.

Die bevorstehenden Wahlen in Rumänien werfen ihre Schatten in der öffentlichen Meinung bereits voraus und es äußert sich das in einer lebhaften Bewegung der Parteien, der liberal-conservativen Regierungspartei und der Oppositionspartei der spezifisch Conservativen, unter welchen der Kampf um so größere Dimensionen annehmen dürfte, als es sich namentlich für die Opposition um nichts geringeres als um ihre Existenz handelt. Ein in die Augen fallender Misserfolg müßte dieser Partei, die heute noch in der Aussicht, bald wieder zur Macht zu gelangen, ihre kräftigste moralische Stütze findet, den größten Schaden bringen.

Wie nun aus Bukarest telegraphiert wird, hat gestern das Executive Comitee der Regierungspartei eine Wahlkundgebung veröffentlicht, in der es heißt, die vornehmste Aufgabe Rumäniens sei es, ein Element der Ruhe und des Friedens zu bilden. Weil der Friede unerlässlich für die Festigung des rumänischen Staates und weil die gemeinsame Erfüllung der Grobmächte eine friedliche sei, müsse Rumänien den Frieden benutzen zur Festigung und Fortentwicklung der moralischen und materiellen Kräfte des Landes. In wirtschaftlicher Beziehung werde die Partei darnach streben, der Landwirtschaft die weitesten Absatzgebiete zu verschaffen, ferner werde sie die Gleichstellung der rumänischen Armee mit denen des übrigen Europas und die Beendigung der Vertheidigungsarbeiten des Landes anstreben.

Die drei liberal-conservativen Führer, die Herren Catargi, General Florescu und Vernescu befinden sich im Cabinet, das Ansehen ihrer Namen, ihre Bedeutung, wie ihr Einfluß bieten eine sichere Gewähr für einen beständigen und regelmäßigen Gang der Geschäfte. Es ist deshalb nicht anzunehmen, daß die Opposition in ihrem Kampf mit den Liberal-Conservativen selbst bei Anstrengung aller ihrer Kraft auch nur einen nennenswerten Erfolg aufzuweisen in die Lage kommen werde.

Reichstag.

102. Sitzung vom 17. April.

Die zweite Beratung des Arbeiterschutzgesetzes wird fortgesetzt bei dem von den Socialdemokraten beantragten § 136 a (Normalarbeitsstag).

Abg. Wülfensteiner (nat.-lib.): Der Antrag verlangt für die Bergarbeiter eine achtstündige Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt. Nun, mein Wunsch geht noch weiter: ich habe bereits in meinem eigenen Betriebe kürzere Arbeitsschichten für alle Gruben mit stark gesundheitsschädlicher Luft eingeführt. Und ich wünsche auch, daß anderen Arbeiterklassen ein gleicher Vorteil zu gute komme. Auch meine ich, daß die kürzere Arbeitsschicht für die Industrie unbedenklich gemacht wird durch sorgfältigere Arbeit. (Hört hört links!) Die Nebenschlände in dem Bergbaubetrieb sind groß: schlechter Luftwechsel und Feuchtigkeit. Ich weiß zwar, daß die Grubenverwaltungen alle technischen Mittel der Neuzeit zur Befreiung dieser Nebenschlände in Anwendung bringen, aber ich glaube doch nicht, daß die Techniker die gesundheitsschädlichen Einfüsse in den Betrieben ganz beseitigen können, und deshalb halte ich eine achtstündige Schicht für hoch genug. Die Kohlenindustrie mag vielleicht darunter etwas leiden, aber dem wiederum können die Techniker abhelfen. Im übrigen wiederhole ich, was ich schon an anderen Stelle gesagt: alles das muß auf gütlichem Wege erreicht werden. Ich halte auch eine höhere Bezahlung aller Überschichten für nothwendig. Ich selbst bezahle eine Überschicht, auch wenn sie noch nicht zwei Stunden dauert, als eine Viertel-Schicht. Ich habe auch das Vertrauen der Arbeiter. Dieselben wissen, daß ich es mit ihnen gut meine, und daß ich ihnen nie mein Wort in meiner 30jährigen Wirksamkeit gebrochen habe. Das ich bei meiner Wahl sozialdemokratische Stimmen erhalten habe, glaube ich im übrigen nicht.

Vizepräsident Graf Ballestrem bemerkte, er habe dem Vorredner eine gewisse Laititude bei seinen persönlichen Ausführungen gelassen, wolle aber daraus keinen Präcedenz machen. (Heiterkeit.)

Abg. Leuschner (Zeilep.): Wir sind gegen den bestrittenen Paragraphen, und meine politischen Freunde glauben damit die Arbeiterinteressen viel besser zu vertreten als die Stelle dieses Antrages. (Unruhe bei den Socialdemokraten.) Abg. Grillenberger hat bei seinen gestrigen Ausführungen einige thatfachliche Unrichtigkeiten vorgebracht. So ist es nicht richtig, daß die Arbeiter Coaliionen treffen, um das Coalitionsrecht der Arbeiter illusorisch zu machen, sondern nur, um die Arbeiter gegen die Agitation der Socialdemokratie zu schützen. (Lachen links.) Wer einen Normalarbeitsstag will, der beantragt nach meiner Meinung

strem rüst den Redner zur Sache.) Ich bitte Sie, die sozialdemokratischen Anträge abzulehnen.

Abg. Schröder (Centr.): Im Namen meiner Fraktion habe ich zu erklären: Die Centrumstraktion hat von sehr einen Maximalarbeitsstag erwartet und eine kürzere Begrenzung bei Betrieben, in denen Leben oder Gesundheit der Arbeiter gefährdet ist. Bereits 1885 sind wir für den 8-Stündigen Arbeitsstag im Bergbau eingetreten. Wir fordern den 11-Stündigen Arbeitsstag. Aber wir sind der Ansicht, daß das Ziel eines angemessenen Maximalarbeitsstages nicht plötzlich und sprunghaft, sondern langsam und schrittweise unter genauerer Rücksichtnahme auf die Industrie und die wahren Vortheile des Arbeiters erreicht werden muß. Aus diesem Grunde und mit Rücksicht auf die Erklärungen des Bundesrates werden wir auch jetzt gegen den Antrag der Socialdemokraten stimmen. Wir hoffen, daß der Bundesrat von seinen Befugnissen aus dem § 120e, bei gefährlichen oder gesundheitsschädlichen Betrieben die Arbeitszeit einzuschränken, den weitgehendsten Gebrauch machen wird. Wir haben in der Commission zunächst den 11-Stündigen Maximalarbeitsstag beantragt, bringen diesen Antrag aber im Plenum wegen seiner Aussichtslosigkeit zur Zeit nicht wieder ein. Wir behalten uns vor, im gegebenen Augenblick die Frage des Maximalarbeitsstages wieder aufzunehmen.

Abg. Barth (freis.): Der Antrag ist der wichtigste, den die Socialdemokraten gestellt haben, nicht nur wegen seiner Tragweite, sondern auch wegen seines Princips. Wir sind bereit, von Fall zu Fall zu prüfen, ob in einzelnen Betrieben aus Gesundheitsgründen gefährlich auch für erwachsene männliche Arbeiter die Arbeitszeit zu ermäßigen ist. Das ist aber himmelweit von dem Prinzip dieses Antrags verschieden. Die Socialdemokraten wollen den Maximalarbeitsstag allgemein einführen. Herr Grillenberger hat früher gegegeben, daß die Einführung des Maximalarbeitsstages zu einer Lohnsteigerung führen soll, es soll also dieser Antrag dazu führen durch Gesetz künstlich eine Lohnsteigerung zu bewirken. Mit der Einführung des Schutzzloses, den wir entschieden bekämpfen, hat die Gesetzgebung Partei ergriffen zu Gunsten des Kapitalismus. Ebenso wie wir jene Maßnahmen bekämpft haben, müssen wir aber auch eine Gesetzgebung bekämpfen, die einseitig zu Gunsten der Arbeiterklasse erlassen wird. Aus diesem Prinzip stimmen wir gegen den sozialdemokratischen Antrag. Wir wünschen zwar eine möglichst Verkürzung der Arbeitszeit und möglichst große Erhöhung des Arbeitslohns, aber dieses Ziel kann nicht durch gesetzgeberische Maßregeln erreicht werden, im Gegenteil wird seine Erreichung dadurch nur verlangsamt. Die Einführung eines elfstündigen Maximalarbeitsstages in Österreich, für den übrigens zahlreiche Ausnahmen zugelassen werden müssten, hat dazu geführt, in Betrieben, in denen eine kürzere Arbeitszeit herrscht, dieselbe zu erhöhen. Ja, die Folge war sogar, daß die Arbeiter nunmehr die übrige Zeit zu Hause arbeiteten, so daß in der That eine noch größere Arbeitszeit heraus kam, als früher. Der sozialdemokratische Antrag geht von der falschen Voraussetzung aus, daß das Maß der Arbeitsleistung figiert sei. Aber dieses Maß ist doch sehr verschieden, je nach dem Wesen des Betriebes und den persönlichen Verhältnissen des Arbeiters. Wird durch eine Verkürzung der Arbeitszeit auch die industrielle Reserve in die Arbeit geführt, so ist es eine sentimentale Ausfassung, zu glauben, daß der Arbeiter dadurch entlastet wird; denn der Lohn wird dadurch tatsächlich erniedrigt werden. Dem Arbeitgeber liegt auch nur daran, die Arbeitsleistung zu verhüten und nicht die Anzahl der Stunden. Wird aber der Lohn wirklich erhöht, so wird der Unternehmer dadurch nicht getroffen, denn er wird die Mehrkosten auf den Preis der Produkte werfen, und durch diese Preisseitering werden wieder Hunderttausende ja Millionen kleiner Leute getroffen. Gibt man nun aber von dem Standpunkt aus, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Verminderung der Produktion nicht zur Folge haben wird, daß durch intensive Arbeit dieselbe Leistung wie früher geschaffen werden wird, so fällt wieder jener Grund für den Maximalarbeitsstag fort, daß dadurch eine Anzahl neuer Arbeiter eingestellt werden wird. Wenn es dahin gebracht werden könnte, daß bei Verkürzung der Arbeitszeit eine Erhöhung der Arbeitsleistung stattfinde, so wäre das etwas Beachtenswertes. Aber man bedenke doch, daß bei vielen Arbeiten durch eine Verkürzung der Arbeitszeit eine Erhöhung der Arbeitsleistung nicht möglich ist, denn viele Arbeiten bestehen nur in einer Beaufsichtigung der Maschinen. Eine geringe Arbeitszeit bei möglichst hoher Arbeitsleistung liegt im Interesse der Arbeiter wie der Arbeitgeber, und dieser Prozeß vollzieht sich auch langsam und stetig, aber es darf doch keine Schablone durch die Gesetzgebung geschaffen werden. Der Glaube an die seitigmachende Kraft des achtstündigen Arbeitsstages ist auch in Arbeiterkreisen noch nicht vollständig durchgedrungen. Auch der Abg. Bebel hat früher einmal hier eine Ausführung gemacht, die mich davon überzeugte, daß er bei seinem Schriftstück auf diesem Gebiet längst erkannt hatte, daß bei dieser Maßregel schließlich nicht viel für die Arbeiter herauskommt. Ich nehme es den Herren ja nicht übel, daß sie aus praktischer, agitatorischer Politik, die auch ihre Berechtigung hat, es vorziehen, ihre Bedenken zurückzuhalten, wie sie die Bedenken von Karl Marx zurückgehalten haben, die er in sehr schärfster Weise vor 15 Jahren gegenüber dem sozialistischen Programm entwickelt hat. Es wird eben nicht alles gesagt, was in einer Partei vorkommt, auch nicht in der sozialdemokratischen Partei. (Heiterkeit.) In Frankreich hat man unter den Arbeitern eine Enquete über den achtstündigen Arbeitsstag veranstaltet, und von 22000 Antworten haben sich nur 7 Proc. für denselben ausgesprochen, 1/4 dieser Antworten hat sich gegen jede gesetzgeberische Beschränkung der Arbeitszeit erkläre. Auch in England ist der Gedanke eines obligatorischen Maximalarbeitsstages von 8 Stunden noch keineswegs vollständig durchgedrungen, wie mir Thomas Burt, der Führer der englischen Bergarbeiter, versichert hat. Die „Reservearmee“, die jetzt immer als Schreckenswesen hingestellt wird, ist in früherer Zeit viel größer gewesen und sie wird nie ganz verschwinden. Selbstverständlich ist in großen Betrieben immer ein Reservefonds da, beim Kapital und bei den Arbeitern auch. Man kann doch nicht nach Art der sozialdemokratischen Utopien von Staats wegen den leichten Mann bei der Industrie beschäftigen. Trotz dieser Reservearmee haben sich die Löhne gradatim von Jahr zu Jahr gesteigert und zwar in allen Ländern. Der Preis der Bedarfsartikel hat sich nicht in demselben Maße gesteigert. Die Verbesserung der Lage der Arbeiter wird um so sicherer herbeigeführt werden, je mehr die Gesetzgebung sich von derartigen Dualbesitzern, wie sie vorgeschlagen werden, freihält. (Beifall links.)

Abg. Hartmann (conf.) bestreitet dem Vorredner, daß die Wirtschaftspolitik des Reiches die Lage der Arbeiter verschärft habe und erklärt, daß die Conservativen geschlossen gegen den Antrag der Socialdemokraten stimmen werden. Die conservative Fraktion hat eine grundsätzlich gegnerische Stellung zu der Frage des Maximalarbeitsstages niemals eingenommen. Früher haben die conservativen Abg. Wagener und v. Brauchitsch Anträge auf Einführung eines gesetzlichen Maximalarbeitsstages auch für erwachsene männliche Arbeiter eingebracht. Wir sind aber heute nicht in der Lage zu erklären, daß wir geschlossen für eine gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit eintreten werden. An sich ist die Frage ja keine Fraktionsfrage, wir wollen und können in dieser Sache keinen Fraktionszwang üben. Wir halten es aber nicht an der Zeit, gegenwärtig die Frage in Angriff zu nehmen.

Minister v. Berlepsch: Die verbündeten Regierungen haben die Aufnahme von Bestimmungen über den Maximalarbeitsstag in die Vorlage darum abgelehnt, weil durch die Bestimmungen über Kinder-, Frauen- und Nacharbeit die Industrie so schwer betroffen wird, daß wir ihr im Augenblick die Produktion nicht noch mehr erschweren und sie im Konkurrenzkampf mit dem Ausland schwächen durften. Die Rücksicht auf die

internationale Concurrenz hat auch der Antragsteller als berechtigt anerkannt. Auf dem internationalen Kongreß zeigten sich aber die dabei hauptsächlich in Frage kommenden Staaten der gesetzlichen Fixierung eines Maximalarbeitsstages für erwachsene männliche Arbeiter völlig abgeneigt. Seit jener Konferenz sind in Frankreich und England mehrere der Arbeiterschule regelnde Gesetze vorgelegt, welche sich mit Frauen- und Kinderarbeit, mit Werkstattanrichtungen u. dgl. befassen, aber von dem Maximalarbeitsstag für männliche erwachsene Arbeiter ist nirgends die Rede. Wichtig ist auch bei der Frage des Maximalarbeitsstages die Berücksichtigung des Einkommens der Arbeiter, denen durch die Vorlage so grohe Einbußen am Einkommen ihrer Frauen und Kinder zugestanden werden, daß man nicht auch noch die Ausnutzung ihrer eigenen Arbeitskraft einschränken darf. Dass viele Arbeiter einer solchen Einschränkung abgeneigt sind, habe ich erfahren, als ich als Oberpräsident die gesundheitsschädliche, weil übermäßig lange, wenn auch nicht sehr schwere Arbeit der Grubenmaschinenvorwärter einschränkte. Die Arbeiter forderten mich in einer Eingabe auf von diesem „völlig unüberlegten, überstürzten“ Schritt Abstand zu nehmen, ich that ihnen diesen Gefallen nicht und bin überzeugt, daß sich mit der Zeit die Angelegenheit auch zu ihrer Befriedigung entwickeln wird. Die Socialdemokratie will nun einen ganz anderen Maximalarbeitsstag als die Majorität des Hauses und als die Regierung ihn will. Wir wollen einen solchen aus sanitären Rücksichten, welcher unter den Begriff des Arbeiterschutzes fällt. Aus dieser Rücksicht haben die Conservativen vor längerer Zeit den Antrag auf zwölfstündigen Arbeitsstag und das Centrum einen solchen auf Einführung eines elfstündigen gestellt. Man muß von Fall zu Fall untersuchen, ob eine übermäßige Ausnutzung vorliegt, und sie dann ermäßigen. Indem ich hierin mit dem Abg. Barth übereinstimme, bedauere ich, daß er sagte, die Schuhzollgesetzgebung bedeute eine bewußte Stellungnahme zu Gunsten der Kapitalisten gegenüber dem Arbeiter. Ich hoffe, daß er diesen Ausdruck nicht so gemeint hat, wie es den Anschein hat, sonst müsste ich annehmen, daß er von seinen Nachbarn angefeindet ist; höchstlich ist diese Anstellung, wenn sie wirklich vorgekommen ist, nur eine ganz äußerliche, eine Art Haukrankheit (Heiterkeit.) Die Socialdemokraten berufen sich für die Durchführbarkeit ihres Vorschlags auf die Beispiele anderer Länder. — Der Minister führt nun gegen die Angaben des Abg. Grillenberger eine Reihe von Zahlen über die tatsächliche Arbeitszeit in England und der Schweiz an und führt dann fort: Der Grundgedanke der Socialdemokratie aber ist nicht der Schuh des Arbeiters — das steht erst in zweiter Linie —, sondern die Frage der Lohnregulierung. Die Socialdemokraten meinen, würde das Angebot an Arbeitskraft vermindert, die Nachfrage vermehrt, so würde der Lohn gesteigert werden, ein Ziel, was ich ebenso wie der Abg. Barth als ein sehr erfreubenes werthes halte. Ich bin fest überzeugt, daß die Entwicklung unserer industriellen Verhältnisse dazu führen wird, eine kürzere Arbeitsleistung besser zu bezahlen, als heute eine längere; aber im Wege der Gesetzgebung läßt sich das nicht erzielen. Denn daraus könnte den Regierungen die Verpflichtung erwachsen, im Wege der Gesetzgebung einer etwa eintretenden Lohnverminderung entgegenzutreten, wenn die Erwartungen, welche an den achtstündigen Arbeitsstag geknüpft sind, nicht in Erfüllung gehen, wenn nicht eine Erhöhung, sondern eine Verminderung des Lohnes eintritt. Und daß das möglich ist, daß z. B. die Unternehmer statt mehr Arbeiter einzustellen, die Zahl der Maschinen vermehren, wodurch noch mehr Arbeitskräfte überflüssig werden, kann nicht in Abrede gestellt werden. Dann würde für die Regierungen die Verpflichtung entstehen, einen Minimallohn festzulegen. Das ist unausführbar und würde zu der empfindlichsten Schädigung unserer Industrie führen. Hierach kann ich nur erklären, daß die Regierungen sich dem sozialdemokratischen Antrag gegenüber ablehnend verhalten müssen. Die Behauptung des Abg. Grillenberger, daß in dem kaiserlichen Erlass vom 4. Febr. 1890 klipp und klar die Regelung der Arbeitszeit sämlicher Löhnerbeiter in Aussicht gestellt ist, trifft nicht zu. Nach demselben soll nur eine Prüfung der Zeit und der Art der Arbeit erfolgen, um den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedürfnissen der Arbeiter sowie dem Anspruch auf wirtschaftliche Gleichberechtigung gerecht zu werden. Es ist nur eine Prüfung angeordnet, nach welcher Richtung das Loos der Arbeiter zu verbessern ist, mit keinem Wort ist davon die Rede, welche Maßnahmen in das Gesetz aufgenommen werden sollen. Der Abg. Grillenberger meinte in Anschluß hieran, daß es Mäßige gebe, die stärker sind als das kaiserliche Wort und daß die Furcht vor dem Kapitalismus die verbündeten Regierungen bestimmt habe, die Vorlage in dieser Gestalt an den Reichstag zu bringen. Als Beweis dafür führte er an, daß aus meinen Ausführungen in der Commission auf eine starke Strömung für den Arbeiterschutz geschlossen werden müsse, während ich jetzt jeder Anregung aus dem Unternehmerkreise folge. Das ist eine vollständige Verkehrung der Thatachen. Ich habe stets nur die Richtung eingehalten, die mir von der Vorlage gegeben wird, und es wird sich in meinen Ausführungen keine Abschwächung meines früheren Standpunktes nachweisen lassen. Ich habe im Gegenhert zu bemerkern Gelegenheit gehabt, daß die Vorlage nicht allen Mißständen abhilft, und für eine Reihe von Gewerben deshalb besondere gesetzliche Regelung in Aussicht gestellt. Einen zweiten Nachweis für unsere Furcht vor den Kapitalisten hat der Abg. Grillenberger aus der Broschüre „Ein Complot gegen die deutsche Arbeiterklassen“ geschöpft; die Mühe und Ausgaben der Socialdemokraten dafür sind, fürchte ich, umsonst vergeudet. Vor dem 1. Mai coalierten sich die Arbeiter an vielen Orten, um den Arbeitgeber einen Feiertag zu erlangen, ohne inneren Grund, lediglich um die Probe zu machen, ob die Organisation der Arbeiter schon stark genug ist, um auch an einem solchen Punkte ihren Willen durchzuführen. Wältig natürlich, daß die Arbeitgeber dem entgegentreten. (Beifall.) Wenn nun auch Staatsbetriebe sich mit den Unternehmern von Berlin bei dieser Gelegenheit zusammengethan haben, so kann ich darin auch nur eine völlig berechtigte Reaktion finden gegen den Versuch, die Mäusei durchzuführen. Der fiskalische Betrieb ist da genau so zu beurtheilen wie der Privatbetrieb. Die Behauptung des Abg. Grillenberger von unserer Furcht vor den Kapitalisten ist nur eine Steigerung des Vorwurfs, den wir von Anfang an bei dem Gesetz gehabt haben, daß der Unternehmergeist die verbündeten Regierungen und das Haus besetzt. Zunächst gesellte sich dazu der Arbeitertrupp, dann kam die grajöse Behauptung des Abg. Bebel, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen die Commiss der Unternehmer seien, und endlich gelangten die Herren dazu, daß die Furcht vor dem Kapitalismus bei der Vorlage uns gelebt habe. Diese Vorwürfe können uns die Lust nehmen, weitere Versuche zu machen, das Loos der arbeitenden Klassen auf gesetzgeberischem Wege zu bessern. Das kann aber nicht der Fall sein, weil diese Vorwürfe nur dem großen Phrasen-Arsenal entnommen sind, dessen eine Partei nicht entbehren kann, die starke Worte braucht, um die Freiheit der Arbeiter weiter unter ihre Herrschaft zu beugen. (Beifall.)

Abg. Barth (freis.): Der Handelsminister meinte, ich hätte gefragt, die Schuhzollpolitik sei absichtlich eingeführt, um die Interessen der Arbeiter zu benachteiligen. Darauf kann selbstverständlich nicht die Rede sein. Ich habe heute nicht zum erstenmal ausgeführt, daß der Protectionismus keinen anderen Charakter haben kann, als die Bevorzugung des Kapitals, das in der Landwirtschaft und Industrie angelegt ist, zu Ungunsten der Arbeiter. Diejenigen, die diese Politik unterstützen haben, haben nicht absichtlich unsere Arbeiter benachteiligen wollen, aber sie waren sich dessen bewußt, daß, wenn sie ihre anderen Zwecke erreichen wollten, sie die Arbeiter benachteiligen müssten. Vielleicht waren sich einzelne der Protectionisten dieser Tragweite ihrer Politik nicht bewußt, aber ich kann doch einem Kollegen

oder dem Herren Minister gegenüber es nicht wagen, es so hinzustellen, als sei er sich dieser Tragweite nicht bewußt gewesen.

Abg. Auer (Soc.): Der Abg. Hartmann hat mit großem Aufwand von Pathos erklärt, daß er sich vor meiner Partei nicht fürchte; das glaube ich ihm aufs Wort, namentlich in seiner Eigenschaft als Staatsanwalt. Er hat dann aus einer Äußerung des Abg. Bebel den Schluss gezogen, daß wir drohen, und hinzugefügt, daß er sich vor diesen Drohern nicht fürchte, daß aber er uns mit allen Machtmitteln entgegentreten würde. Wir könnten gar nichts thörichteres thun angesichts der tatsächlichen Machiverteilung, als uns mit Drohungen Ihnen gegenüber zu ergehen. Das Drohen findet vielmehr von Ihrer Seite in einem Fortschritt statt und es beweist nur, wie unheimlich Sie sich nach und nach zu befinden anfangen. Wenn wir Ursache hätten zu befehlen, daß wir nach und nach auf friedlichen Wege zu unseren Zielen kommen werden, so würde gerade die Frage der Einführung eines Maximalarbeitsstages uns beweisen, daß wir keinen Appell an die Gewalt nötig haben. Ich bin ein langjähriges Mitglied dieses Hauses; ich habe den Verhandlungen 1871 über die erste Gewerbeordnungsnovelle beigewohnt und seitdem mehrmals gleichen Verhandlungen. Und nun vergleichen Sie die Stellung der verschiedenen Parteien von heute und vor 10—15 Jahren zu dieser Frage! Das Centrum hat sich für die gesetzliche Einführung des Maximalarbeitsstages erklärt, selbst aus den Reihen der Nationalliberalen kam eine ähnliche Erklärung seitens eines Großindustriellen. Auch die Conservativen haben dieselbe erklärt. Selbst unter den Freisinnigen befindet sich ein Mitglied, welches dem Maximalarbeitsstag anhängt, der Abg. Hartmann. Schon heute ist eine Mehrheit für den Maximalarbeitsstag vorhanden; nur über die Stundenzahl gehen die Meinungen auseinander. Für den sanitären Maximalarbeitsstag ist auch der hr. Minister. Ich möchte ihn um eine Vorlage für Einführung des sanitären Maximalarbeitsstages bitten. Die übrigen Schlüsse, die sich daraus ergeben werden, die Lohnregulierung, die sich als Nebenzweck verfolgen, wollen wir gar nicht darin ausgesprochen haben. Also hier mit dem sanitären Maximalarbeitsstag! (Heiterkeit.) Daß die Arbeiter mit der Abkürzung der Arbeitszeit zunächst nicht einverstanden sind, gebe ich dem Handelsminister zu. Die Arbeiter waren auch empört über die Einschränkung der Kinderarbeit. Diese Elemente, die so schlecht über ihr eigenes Wohl unterrichtet sind, dürfen doch nicht ausschlaggebend sein in solchen Sachen. Können Sie aus größeren Arbeiterkreisen der Länder, wo der Maximalarbeitsstag eingeführt ist, ein Zeugnis anführen gegen diese gesetzliche Bestimmung? Dagegen sind Tausende von Zeugnissen dafür vorhanden, daß diese Arbeiter mit aller Energie daran festhalten. Der Abg. Barth vertrat die eigentlich prinzipielle Gegnerseite gegen unseren Antrag und zwar in brillanter Weise. Aber der Glaube an die Unverlässigkeit des Standpunktes des Abg. Barth schwundet mehr und mehr, selbst in den Kreisen, welche mit diesem Standpunkt sympathisieren. Daß unser Antrag sich in Bezug auf seinen Einfluß auf die Lohnregulierung von den übrigen Schuhbestimmungen des Gesetzes unterscheiden soll, ist nicht richtig. Auch die leichteren Bestimmungen haben nicht einen sanitären Charakter, sondern werden ebenfalls, wenn auch nicht in dem Umfang wie dieser Antrag, auf die Lohnregulierung einwirken. So ist auch die leichte Schampe, von welcher aus Herr Barth mit Heldenmut wie ein Löwe seine Stellung vertheidigte, untermixt. Auch für Sie kommt der Tag von Damaskus. (Heiterkeit.) Der Einwand, daß bei gesetzlicher Feststellung einer Maximalzeit auch Betriebe mit kürzerer Arbeitszeit angeregt würden, ihre Arbeitszeit bis auf das Maximum auszudehnen, bedeutet nichts, denn gerade bei angehenden Krisen dehnen die Unternehmer die Arbeitszeit aus; es ist also vortheilhaft, wenn sie dabei nicht über ein gewisses Maß hinausgehen dürfen. Unangenehm bei der Einführung des Maximalarbeitsstages sind nur die Übergangsverhältnisse. Gewiß sind heute viele Vorteile, viele Genügmittel dem Arbeiter zugänglich im Vergleich zu früheren Zeiten; aber der Unterschied im Lebenstage der Arbeiter und der höheren Klassen ist heute eher ein größerer als früher. Nun sagt der Minister, der Inhalt der von uns beigebrachten Broschüre beweise nichts für die gegen das Unternehmen erhobenen Anschuldigungen, handelt es sich nur um die Stellungnahme zum 1. Mai, dann ließe sich über die Sache reden. Aber der Minister ist schlecht unterrichtet, es ist nicht wahr, daß der Metallarbeiterverband bloß für diesen Tag sich engagiert habe. Ein Einblick in das Verbandsstatut wird ihn eines Besseren belehren; in § 2 heißt es: Als unbedeutsche Strikten werde solche angegeben, welche auf Erzwingung höherer Löhne gerichtet sind, gleichviel ob mit oder ohne Contractbruch. Das Mäntelchen des Abg. Barth schwundet mehr und mehr, selbst in den Kreisen, welche mit diesem Standpunkt sympathisieren. Daß unser Antrag sich in Bezug auf die Lohnregulierung von den übrigen Schuhbestimmungen des Gesetzes unterscheiden soll, ist nicht richtig. Auch die leichteren Bestimmungen haben nicht einen sanitären Charakter, sondern werden ebenfalls, wenn auch nicht in dem Umfang wie dieser Antrag, auf die Lohnregulierung einwirken. So ist auch die leichte Schampe, von welcher aus Herr Barth mit Heldenmut wie ein Löwe seine Stellung vertheidigte, untermixt. Auch für Sie kommt der Tag von Damaskus. (Heiterkeit.) Der Einwand, daß bei gesetzlicher Feststellung einer Maximalzeit auch Betriebe mit kürzerer Arbeitszeit angeregt würden, ihre Arbeitszeit bis auf das Maximum auszudehnen, bedeutet nichts, denn gerade bei angehenden Krisen dehnen die Unternehmer die Arbeitszeit aus; es ist also vortheilhaft, wenn sie dabei nicht über ein gewisses Maß hinausgehen dürfen. Unangenehm bei der Einführung des Maximalarbeitsstages sind nur die Übergangsverhältnisse. Gewiß sind heute viele Vorteile, viele Genügmittel dem Arbeiter zugänglich im Vergleich zu früheren Zeiten; aber der Unterschied im Lebenstage der Arbeiter und der höheren Klassen ist heute eher ein größerer als früher. Nun sagt der Minister, der Inhalt der von uns beigebrachten Broschüre beweise nichts für die gegen das Unternehmen erhobenen Anschuldigungen, handelt es sich nur um die Stellungnahme zum 1. Mai, dann ließe sich über die Sache reden. Aber der Minister ist schlecht unterrichtet, es ist nicht wahr, daß der Metallarbeiterverband bloß für diesen Tag sich engagiert habe. Ein Einblick in das Verbandsstatut wird ihn eines Besseren belehren; in § 2 heißt es: Als unbedeutsche Strikten werde solche angegeben, welche auf Erzwingung höherer Löhne gerichtet sind, gleichviel ob mit oder ohne Contractbruch. Das Mäntelchen des Abg. Barth schwundet mehr und mehr, selbst in den Kreisen, welche mit diesem Standpunkt sympathisieren. Daß unser Antrag sich in Bezug auf die Lohnregulierung von den übrigen Schuhbestimmungen des Gesetzes unterscheiden soll, ist nicht richtig. Auch die leichteren Bestimmungen haben nicht einen sanitären Charakter, sondern werden ebenfalls, wenn auch nicht in dem Umfang wie dieser Antrag, auf die Lohnregulierung einwirken. So ist auch die leichte Schampe, von welcher aus Herr Barth mit Heldenmut wie ein Löwe seine Stellung vertheidigte, untermixt. Auch für Sie kommt der Tag von Damaskus. (Heiterkeit.) Der Einwand, daß bei gesetzlicher Feststellung einer Maximalzeit auch Betriebe mit kürzerer Arbeitszeit angeregt würden, ihre Arbeitszeit bis auf das Maximum auszudehnen, bedeutet nichts, denn gerade bei angehenden Krisen dehnen die Unternehmer die Arbeitszeit aus; es ist also vortheilhaft, wenn sie dabei nicht über ein gewisses Maß hinausgehen dürfen. Unangenehm bei der Einführung des Maximalarbeitsstages sind nur die Übergangsverhältnisse. Gewiß sind heute viele Vorteile, viele Genügmittel dem Arbeiter zugänglich im Vergleich zu früheren Zeiten; aber der Unterschied im Lebenstage der Arbeiter und der höheren Klassen ist heute eher ein größerer als früher. Nun sagt der Minister, der Inhalt der von uns beigebrachten Broschüre beweise nichts für die gegen das Unternehmen erhobenen Anschuldigungen, handelt es sich nur um die Stellungnahme zum 1. Mai, dann ließe sich über die Sache reden. Aber der Minister ist schlecht unterrichtet, es ist nicht wahr, daß der Metallarbeiterverband bloß für diesen Tag sich engagiert habe. Ein Einblick in das Verbandsstatut wird ihn eines Besseren belehren; in § 2 heißt es: Als unbedeutsche Strikten werde solche angegeben, welche auf Erzwingung höherer Löhne gerichtet sind, gleichviel ob mit oder ohne Contractbruch. Das Mäntelchen des Abg. Barth schwundet mehr und mehr, selbst in den Kreisen, welche mit diesem Standpunkt sympathisieren. Daß unser Antrag sich in Bezug auf die Lohnregulierung von den übrigen Schuhbestimmungen des Gesetzes unterscheiden soll, ist nicht richtig. Auch die leichteren Bestimmungen haben nicht einen sanitären Charakter, sondern werden ebenfalls, wenn auch nicht in dem Umfang wie dieser Antrag, auf die Lohnregulierung einwirken. So ist auch die leichte Schampe, von welcher aus Herr Barth mit Heldenmut wie ein Löwe seine Stellung vertheidigte, untermixt. Auch für Sie kommt der Tag von Damaskus. (Heiterkeit.) Der Einwand, daß bei gesetzlicher Feststellung einer Maximalzeit auch Betriebe mit kürzerer Arbeitszeit angeregt würden, ihre Arbeitszeit bis auf das Maximum auszudehnen, bedeutet nichts, denn gerade bei angehenden Krisen dehnen die Unternehmer die Arbeitszeit aus; es ist also vortheilhaft, wenn sie dabei nicht über ein gewisses Maß hinausgehen dürfen. Unangenehm bei der Einführung des Maximalarbeitsstages sind nur die Übergangsverhältnisse. Gewiß sind heute viele Vorteile, viele Genügmittel dem Arbeiter zugänglich im Vergleich zu früheren Zeiten; aber der Unterschied im Lebenstage der Arbeiter und der höheren Klassen ist heute eher ein größerer als früher. Nun sagt der Minister, der Inhalt der von uns beigebrachten Broschüre beweise nichts für die gegen das Unternehmen erhobenen Anschuldigungen, handelt es sich nur um die Stellungnahme zum 1. Mai, dann ließe sich über die Sache reden. Aber der Minister ist schlecht unterrichtet, es ist nicht wahr, daß der Metallarbeiterverband bloß für diesen Tag sich engagiert habe. Ein Einblick in das Verbandsstatut wird ihn eines Besseren belehren; in § 2 heißt es: Als unbedeutsche Strikten werde solche angegeben, welche auf Erzwingung höherer Löhne gerichtet sind, gleichviel ob mit oder ohne Contractbruch. Das Mäntelchen des Abg. Barth schwundet mehr und mehr, selbst in den Kreisen, welche mit diesem Standpunkt sympathisieren. Daß unser Antrag sich in Bezug auf die Lohnregulierung von den übrigen Schuhbestimmungen des Gesetzes unterscheiden soll, ist nicht richtig. Auch die leichteren Bestimmungen haben nicht einen sanitären Charakter, sondern werden ebenfalls, wenn auch nicht in dem Umfang wie dieser Antrag, auf die Lohnregulierung einwirken. So ist auch die leichte Schampe, von welcher aus Herr Barth mit Heldenmut wie ein Löwe seine Stellung vertheidigte, untermixt. Auch für Sie kommt der Tag von Damaskus. (Heiterkeit.) Der Einwand, daß bei gesetzlicher Feststellung einer Maximalzeit auch Betriebe mit kürzerer Arbeitszeit angeregt würden, ihre Arbeitszeit bis auf das Maximum auszudehnen, bedeutet nichts, denn gerade bei angehenden Krisen dehnen die Unternehmer die Arbeitszeit aus; es ist also vortheilhaft, wenn sie dabei nicht über ein gewisses Maß hinausgehen dürfen. Unangenehm bei der Einführung des Maximalarbeitsstages sind nur die Übergangsverhältnisse. Gewiß sind heute viele Vorteile, viele Genügmittel dem Arbeiter zugänglich im Vergleich zu früheren Zeiten; aber der Unterschied im Lebenstage der

Die Verlobung unserer Tochter Antoinette mit Herrn Emil Westphal-Goschin b. Kroton Weißpferd bestreben wir uns ergebenst anzugeben.
Einhöfen, 17. April 1891.
F. Klein u. Frau.

Antoine Klein,
Emil Westphal,
Weißpferd
Einhöfen. Goschin.

Louis Nagel,
Emmy Nagel,
geb. Jacoby,
Vermählte.
Danzig, den 14. April 1891.

Nach langem schweren Leiden verschafft gestern Abend mein lieber Mann, unser guter Vater, der Warter a. D.

Johannes Carl Andreas Sachse

im 50. Lebensjahr.
Dieses zeigte statt besonderer Meldung tief betrübt an Danzig, den 18. April 1891.

Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Dienstag, Vormittags 11 Uhr, vom Sterbehause aus statt. (7731)

Heute Abends 5 Uhr starb, in Warthauf, unter lieberm Vater, Bruder, Onkel, Schwieger-, Groß- und Urgroßvater, der Tischlermeister (7703)

August J. Jankewitz
Gehaber der Alt. russ. Medaille für Kunst und Industrie, am St. Annen-Bande aus Danzig, im Alter von 73 Jahren.
Im Namen aller Hinterbliebenen:
G. Jankewitz, Director.
Danzig, den 17. April.

Nachruf!

Fern von der Heimat verließ ich am 15. d. Ms. in Riga nach langen, schweren Leiden unsere liebe Kollegin, die städtische Lehrerin Fraulein

Clara Arüger.

Sie ist uns eine treue, siebe Mitarbeiterin, den Kindern eine gemissenheit, hingebende Lehrerin gewesen, deren Herzengüte und liebenswürdiges Wesen uns unvergänglich bleiben wird.

Sie ruhe sanft!

Danzig, d. 18. April 1891.

Das Collegium der Mädchenkunst auf dem Johanniskirchhofe.

Auction

am Milchpeter.
Montag, den 20. April cr.,
Nachmittags 3 Uhr, werde ich
im Auftrage:

ein Marine-Boot
von G. M. C. Olga herstammend,
27 Fuß lang, nebst Tacklage an
den meistbietenden versteigern.
A. Collet,

Angl. gerichtl. vereidigter Taxator
und Auctionator.

Dampfer

,Oscar“
von Hamburg eingetroffen, löst sich
am Dampfholz.

Inhaber der Originalconnossement über Güter vom Mittelmeer ex D. „Porto“ und D. „Solis“, ferner über Güter von New York ex D. „Russia“ und „Marshall“ wollen sich melden bei (7751)

Ferdinand Browne.

Ich bin zurückgekehrt.

Dr. Fr. Behrendt,
Arzt.

Wohnung: Schmiedegasse Nr. 16.
Sprechstunden: 8–10 Uhr Vorm.,
3–5 Uhr Nachmittags.

Loose zur Elbinger Ausstellungss-
Lotterie à 1 M.
Loose zur Stettiner Pferde-
Lotterie à 1 M.
Loose zur Königsberger Pferde-
Lotterie à 1 M.

Loose zu Schneidebüchler Pferde-
Lotterie à 1 M.
Loose zur Wormser Dombau-
Geldlotterie à 1 M. 350.

Loose zur Berliner Kunstaus-
stellungss-Lotterie à 1 M.

Loose zur Weimarer Silber-
Lotterie à 1 M bei

Th. Berling, Gerbergasse Nr. 2.

Constantin Ziemssen's

Bücher-Novitäten-Liehnst.

Jetzt neue Buch von allgemeinem Interesse soll sofort nach Erscheinen in mehreren Exemplaren angekauft werden.
Neuer Haupt-Katalog lieben erhaltenen. Preis 25 M.

Gründlichen Clavierunterricht erhält

Friedrich Laade,
Königsgasse 119.

Gründlichen Clavierunterricht erhält (7689)

A. Lohmann,
Heil. Geistgasse Nr. 121st.

Delikate
Kinderpökelungen (abgehobt)

empfiehlt zum Aufschliff Carl Studt,

Heil. Geistgasse 47, Ecke der Außergasse. (7746)

Habe mich hier selbst niedergelassen als
Specialarzt für Augenkrankheiten
Dr. Bogdan Wicheriewicz,
mehrjähriger 1. Assistent der Sanitätsrath Dr. Wicheriewicz'schen Augenklinik in Bofen.
Sprechstunden täglich Vorm. 9–11, Nachm. 3–5, an Sonn- und Feiertagen Vorm. von 10–11 Uhr.
Poliklinik für Unbenötigte von 12–1 Uhr.
Langgasse 21, Saalelage,
Eingang Poststraße. (7293)

Chemische Fabrik, Danzig,

offerirt zu äußersten Preisen unter Gehaltsgarantie:

Superphosphat aller Art,
fein gemahlene Thomasschlacke,
frei von jeder Beimischung garantiert.

Stassfurter Kainit zu Original-Preisen,

Superphosphat-Gips
zum Einstreu in die Städte, behufs Bindung des Ammoniaks im Dünger; ferner

Kali-Dünger-Gips,

Ia. Chili-Salpeter.

Chemische Fabrik,
Petschow. Davidsohn.

Danzig, Comtoir: Hundegasse 111. (6253)

Ausverkauf

von

Kinder-

Kleider,
Mänteln,
Schürzen,
Jacken.

Fr. Carl Schmidt,

38. Langgasse 38.

Schlesische und englische Stück-, Würfel- und Nuskohlen,

nur prima Qualität, in ganzen Waggons oder kleinsten Quantitäten offerirt ab Hof oder franco Haus zu marktgemäßen Preisen, ebenso Fichten-, Buchen- u. Birken-Ahorn- u. Sparrenholz

Wilh. Schwarm,

Lagerplatz: Münchengasse Nr. 27–30.

(7693)

Gonnenschirme

in den neuesten Dessins, hohelegant ausgestattet, empfiehlt in bekannt grösster Auswahl am Platze zu anerkannt billigsten Fabrikpreisen die Schirm-Fabrik

S. Deutschland, Langgasser Thor.

Schirm-Bezüge und Reparaturen erbitten baldigst.

NB. Für Engros-A Kunden stehen Muster zu Diensten

Elb-Caviar,

neueste Genua, amerik. Pökelfleisch, 2 lb-Dose M. 1.20.

Balencia-Apfelsinen, süße Frucht, per Dutzend 60 M.

empfiehlt

Gustav Schwarz, heil. Geistgasse 29. (7748)

Knorr's Suppentafeln zur schnellen und bequemen Be- reitung guter Suppen, Knorr's Hafermehl, bestes Nahrungsmittel f. Kinder und Reconvalescenten, Knorr's Grünkernmehl, 2½ lb-Dose M. 1.20.

May Lindenblatt, heil. Geistgasse 131.

Weichsel-Caviar, beste Qualität, empfiehlt billigst F. Wih. Schroeder, Johannisgasse 39. (7691)

Maitrank

täglich frisch, per Flasche 1 M. empfiehlt die Weinhandlung von Carl Volkmann, Heiligegeistgasse 104.

Original-Weine der deutschen Weinbau- Gesellschaft Achalcic in Patras, sowie Cephallenia. und Samos-Weine in Flaschen und in Gebinden von 10–500 Litern offerirt (6547)

A. Ulrich, Danzig.

10 Flaschen (3/4 Liter) assortiert incl. Verpackung frei jeder Bahnstation gegen Nachnahme oder Einsendung von 20 M.

Tapeten-Fabrik

Leopold Spatzier, Königsberg i. Pr., von 10 M. per Rolle an.

Muster franco.

Felix Gepp, Kunstdruckerei, holt. u. Gravirat, holt. und Eisenbein- schmiederei. Werkstatt, großes Waarentlager in nur reeller Ware, in solidesten Preisen. (7749)

Brodbänkengasse 49 geradeüber der gr. Krämergasse.

Iwei zum Betriebe nicht geeignete Dampfkessel, Zimmer auf dem Hofselze des Zimmermeisters Herrn Aun in Neumünsterberg, hart am Kanal, sind verkäuflich.

Nähere Auskunft ertheilt der Entwüsserungs-Vorstand R. Wilhelm. (7746)

Zwei zum Betriebe nicht geeignete Dampfkessel, Zimmer auf dem Hofselze des Zimmermeisters Herrn Aun in Neumünsterberg, hart am Kanal, sind verkäuflich.

Nähere Auskunft ertheilt der Entwüsserungs-Vorstand R. Wilhelm.

Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart.

Soeben beginnt zu erscheinen:
Hauff's Werke. Illustrirte Pracht-Ausgabe. Mit über 900 Illustrationen. Vollständig in ca. 40 Lieferungen à 50 Pfennig.

Der Verfasser des „Lichtenstein“, der „Phantasen im Bremer Rat“ und zahlreicher anderer zum Gemeingut der Nation gewordene Dichtungen gehört zu den Lieblingen des Volkes, denn hier eine vollständige Ausgabe der Werke Hauffs geboten wird, die sich in Pracht und künstlerischer Schönheit würdig den im gleichen Verlag erschienenen Ausgaben Schillers und Goethes anschliesst. Wie diese verdient der illustrierte Hauff eine hervorragende Stelle in jedem deutschen Hause. Lieg. 1 vorrätig und wird auf Wunsch zur Ansicht ins Haus gesandt von R. Barth,

Buch- und Kunsthändl. Danzig, Jopengasse 19.

Grabgitter in verschiedenen Mustern und Größen empfiehlt W. Krebschmann, Mittenbuden 22.

1. Damm Nr. 7 ist die 2. Etage a. 73 m. Badest. Mädchens. Greiskammer, p. sofort od. 1. Juli zu vermieten. Zu beziehen von 10–12 Uhr Donnerstags. (7410)

1. Damm Nr. 7 ist ein neu ausgeb. Laden nicht hinterläufig sofort zu vermieten. Näheres dabei im Damm Nr. 10, oben

1. Damm Nr. 7 ist ein großer Keller p. sofort zu vermieten.

Zoppot, Oberdorf,

Winterwohnung, fünf Zimmer, Veranda, Küche, Keller, Boden Waschküche, Holzstall. Eintritt in den Garten, v. 1. Okt. ab billig zu verm. Nähe Damm Str. 10, oben

Einladung

zur General-Versammlung der Vertreter der Ortschaften der vereinigten Fabrik- und Gewerbebetriebe Danzigs Donnerstag, d. 23. April 1891

Abends 8 Uhr im kleinen Saale des Bildungsvereinshauses – Hintergasse 16. Tages-Ordnung:

1. Bericht der Revisoren über das Ergebnis der Revision der Geschäftsführung für 1890 und Erteilung der Decharge.

2. Antrag des Vorstandes auf Änderung des Statuts (§ 12 Nr. 2 des Nachtrags vom 12. Mai 1888) betr. Herabsetzung der Raumentlastung. (7702)

3. Neuwahl eines Vorstandsmitgliedes aus den Arbeitgebern zur Teilnahme an der Generalversammlung sind nur die Vertreter berechtigt.

Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten. Der Vorstand.

F. Habermann.

Soliditäts-Club.

General-Versammlung Mittwoch, den 22. April, 9 Uhr. Tagesordnung:

Frühlingsfest.

Der Präsident. (7674)

Restaurant (7722)

zur Schweizer-Halle 32, Heilig-Geistgasse 32, bringt sich dem hochgeehrten Publikum ganz ergebnislos in Erinnerung. Hochachtungsvoll A. Kersten.

Zinglerhöhe.

Einfahrt für eigene Fuhrwerke unterhalb u. Stallung für Reitpferde oberhalb des Berges.

Zinglerhöhe

empfiehlt (7594) feinstes Rüche. Gleicht bringt zu Hochzeit u. Feste möglichkeiten meine dazu vorläufig geeigneten Localitäten in Erinnerung. G. Aunthe.

Café Noehel.

Sonntag, den 19. April cr. Grotes Konzert unter Direction d. Herrn Wolff. Ab 4 Uhr. Entr. 15 M. NB. Empf. m. Gäste u. gr. Garten. Vereine u. Privat-Gesellschaften. Flügel u. Theater zur Verfügung.

Links Etablissement, Olivaertho. S. Sonntag, den 19. April cr. Grotes Konzert von der Kapelle des Ars. Rgts. Nr. 36 unter Leitung ihres Stabs- trompeters Herrn A. Krüger. Anfang 6 Uhr. Entrée 15 M. Links Etablissement, Olivaertho. S.

Grotes Konzert Sonntag, den 19. April 1891: Friedr. - Wilhelm Schützenhaus.

Grotes Konzert von der Kapelle des Grenadier-Regiments König Friedrich I. unter Leitung des Königl. Musik-Dirigenten Herrn C. Theil.

Carl Bodenburg.

Stadt-Theater Sonntag, Nachmittags 4 Uhr. Bei halben Überpreisen. Zugos Berghälfte. Sonntag, Abends 7/8 Uhr. Lebte Operetten. Vorstellung. Der Feindprediger.

Montag: Außer Abonnement. Erstes Galoppel des königlichen württembergischen Hofschauspieler August Junkermann. Onkel Bräsig.

Dienstag: Außer Abonnement. Abends-Benefiz und letztes Auftritte von Jenny von Weber. Das Geslein des Greitemen. Hierauf: Kurmärker und Picarde.

Mittwoch: Bleibt das Stadt-Theater geschlossen. Donnerstag: Außer Ab

Beilage zu Nr. 18857 der Danziger Zeitung.

Gonnabend, 18. April 1891.

Danzig, 18. April.

* [Personalien beim Militär.] Der Zahlmeister-Aspirant Wenzel ist zum Zahlmeister, der Intendantur-Registratur-Assistent Draeger zum Registratur-Assistenten, Diätor Klemm zum Intendantur-Registratur-Assistenten beim 17. Armeecorps und der Regierungsbaumeister Scheerbarth in Thorn zum Garnison-Bauinspector in Dt. Eylau ernannt worden.

* [Socialdemokratische Volksversammlung.] Vor einigen Tagen hatte das hier erscheinende „Westpreußische Volksblatt“ Mittheilungen über die Führer der hiesigen socialdemokratischen Arbeiterbewegung gebracht, in welchen u. a. von Herrn Jochem gesagt wurde, er habe, trotzdem er von einem hiesigen vermögenden Parteigenossen Mittel zur Eröffnung eines Cigarrengeschäfts erhalten habe, sich noch einmal mit demselben anliegen an die Parteileitung in Berlin gewendet. Ferner wurde des angeblichen Fehlens eines Sparkassenbuches über 600 Mk. erwähnt und endlich erwähnt, hr. Jochem solle nicht im Stande gewesen sein, über die Verwendung der Parteideler Rechnung abzulegen.

Schließlich wurde der persönlichen Differenzen zwischen den Herren Jochem und Riesop gedacht, die zur Berufung eines Schiedsgerichtes, das schon mehrere Sitzungen abgehalten habe, geführt hätten. Um Herrn Jochem Gelegenheit zu geben, sich über diese Beschuldigungen zu erklären resp. dieselben zu widerlegen, war zu gestern Abend eine Volksversammlung nach Schiditz berufen worden, über deren Verlauf wir bereits kurz berichtet haben. Schon bei der Wahl des Vorsitzenden gerieten die Anhänger der beiden Führer in Differenzen, indem die Freunde des Herrn Jochem Herrn Fichtmann aus Elbing, seine Gegner Herrn Riesop zum Vorsitzenden haben wollten. Die Abstimmung ergab jedoch die Majorität für Herrn Fichtmann, welcher erklärt, er sei von den Elbinger Genossen hierher geföhrt worden, um sich zu überzeugen, was an den Anschuldigungen gegen Jochem sei. Ferner sei es ihm und seinen Elbinger Freunden wichtig gewesen, festzustellen, ob diese Angaben der gegnerischen Presse von einem Parteigenossen gemacht worden seien, und schließlich wollten die Elbinger auch darüber Aufschluß haben, ob es unter den Danziger Socialdemokraten wirklich eine „Partei Jochem“ und eine „Partei Riesop“ gebe.

Herr Jochem beklagte sich über die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen, welche durch verschiedene Blätter über die ganze Provinz weiter verbreitet worden seien. Er habe sich zur Gründung eines Cigarrengeschäfts geneigtht gesehen, weil er nirgends mehr Arbeit bekomme; und habe zu diesem Zwecke im ganzen 705 Mark geliehen, von denen er 225 Mark als Caution für die Miethe habe zahlen müssen. Von dieser Summe habe er erst den vierten Theil zurückgezahlt, da das Geschäft nicht gut gehe und er ca. 350 Mk. für Parteideler aufgewendet habe. Ein Sparkassenbuch über 600 Mk. habe überhaupt nicht existirt und somit könne er es auch nicht unterschlagen haben. Was nun die Rechnunglegung über die verwendeten Parteideler anbetrifft, so handele es sich um die Reichstagswahl von 1884. Er habe s. J. Rechnung abgelegt, die ihm auch abgenommen sei. Die Belege seien demnächst, wie dieses unter der Herrschaft des Socialistengesetzes nothwendig gewesen, verbrannt worden. Nun habe Herr Riesop

dieselben nach so viel Jahren von ihm gefordert. Es sei traurig, daß Leute, die damals gar nicht hier gewesen wären, solche Nichtigkeiten verlangten. Ein Schiedsgericht habe überhaupt noch gar nicht stattgefunden. Herr Witki, als Vertrauensmann der hiesigen Parteigenossen, bestätigte sämtliche Angaben des Herrn Jochem, der später noch einen Brief des Redacteurs des „Westpreußischen Volksblatts“ verlas, in welchem letzterer angab, er habe seine Angaben von Riesop und Genossen erhalten. Herr Riesop erklärte, er sei von derselben Zeitung gleichfalls schwer beleidigt worden und stehe mit derselben in keiner Verbindung, habe ihr auch keine Angaben gemacht. Ebenjowenig glaube er, daß einer seiner Freunde es gethan habe. An diese Ausführungen knüpfte sich nun eine zeitweise recht stürmische Debatte, in der die Anhänger der beiden Führer hart zusammengerieten. Von Seiten der Freunde des Herrn Riesop wurde Herrn Jochem „Ueberhebung“ vorgeworfen; er poche darauf, daß er ein alter Genosse sei und behandle die Jüngeren nichtachtend und suche sie zu unterdrücken. Von der anderen Seite wurde dagegen behauptet, daß Herr Riesop aus Hamburg „hinausgeworfen“ worden sei, worauf er nach Danzig gekommen sei. Bei dieser von Herrn Liebe ausgesprochenen Behauptung entstand ein großer Lärm. Worte wie „Verleumder“ etc. wurden gerufen, und der Vertrauensmann constatirte auf Verlangen des Herrn Riesop, daß eine erste Auskunft aus Hamburg allerdings ungünstig ausfallen sei, dagegen habe eine zweite günstig gelautet, doch sei hinzugefügt worden, daß Riesop Streit anfangen habe. Es wurde ferner geltend gemacht, daß Herr Jochem schwer gereizt worden sei und daß man ihm ein hartes Wort nicht übel nehmen könne. Die Versammlung endete schließlich mit der Annahme der bereits in unserer Morgen-Nummer mitgetheilten Resolution, welche Herrn Jochem zu gerichtlichem Vor gehen gegen den betreffenden Zeitungsartikel auffordert.

Thorn, 17. April. Wegen versuchten Giftmordes, begangen an der Chefrau, hatte sich heute vor dem Schwurgericht der Besitzer Christian Schulz aus Terreszwo, ein Mann von 57 Jahren, zu verantworten. Die Verhandlung gewährte einen Einblick in tief traurige Familienverhältnisse. Unter den jahrelangen Zwistigkeiten mit ihrem Manne hatte Frau Schulz sich eingebildet, ihr Mann suche sie zu besiegen. Dagegen behauptet dieser wieder, sie habe gemeinsam mit ihrer Nichte darauf gesonnen, ihn ins Gefängnis zu bringen. Im Dezember v. J. erstattete Frau Schulz bei der Staatsanwaltschaft die Anzeige, ihr Mann habe ihr im Kamillenthee, den sie jeden Morgen trinke, Gift beigebracht aus einem Fläschchen, das man im Stalle versteckt gefunden hatte. Schulz wurde verhaftet und nun stellte sich heraus, daß er das Fläschchen, welches eine gelbliche Flüssigkeit enthielt und mit einem Giftetikett beklebt war, vor einiger Zeit im Gasthause von einem Hausrat zur Vertilgung von Ratten für 30 Pf. gekauft habe. Das Fläschchen wurde zur Untersuchung nach Berlin gefandt. Der im heutigen Termin anwesende Gerichts-Chemiker, Herr Dr. Bein aus Berlin, bekundete, daß die Flüssigkeit völlig unschädlich sei und größtentheils Naphtalin enthalte. Trotz dieses Besundes hat die Staatsanwaltschaft die Anklage gegen Schulz erhoben, weil nach Erkenntnissen des

Reichsgerichts die Ansicht irrig ist, daß ein Vergiftungsversuch mit untauglichen Mitteln nicht strafbar sei. Es kommt vielmehr nur auf die Absicht des Thäters an, nicht auf die Schädlichkeit des Mittels. Aber auch nach dieser Seite hin fiel die Beweisaufnahme für den Angeklagten günstig aus. Nichts Sichereres ergab sich dafür, daß er von der „Gift“-Flüssigkeit in den Thee der Frau gegessen. Auch die Behauptung der letzteren, daß sie nach dem Trank schwer erkrankt sei, wurde durch Zeugen widerlegt und festgestellt, daß sie schon längere Zeit vorher elend gewesen. Es muhte daher die Freisprechung des Angeklagten erfolgen, welche der Staatsanwalt selbst beantragte.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 17. April. Zuckermarkt. Rübenroh Zucker 1. Product Basis 88% Rendement, neue Ufance, f. a. B. Hamburg, per April 13.82½ per Mai 13.82½, per August 13.97½, per Dezember 12.75. Stetig.

Hamburg, 17. April. Kaffee. Good average Santos per April 86¾ per Mai 85¾ per Septbr. 81, per Dezember 72½. Ruhig.

Hamburg, 17. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 212—226. — Roggen loco fest, mecklenburgischer loco neuer 190—198. russ. loco fest, 138—144. — Hafer fest. — Gerste ruhig.

Rüböl (unverziert) ruhig, loco 62. — Spiritus matt, per April—Mai 35½ Br., per Mai—Juni 35½ Br., per Juli—August 36½ Br., per Septbr.—Oktbr. 37½ Br. Kaffee ruhig. Umsatz 1500 Sach. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6.45 Br., per August—Septbr. 6.70 Br. — Wetter: Regen.

Bremen, 17. April. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 6.40. Gehr fest.

Havre, 17. April. Kaffee. Good average Santos per Mai 106.50, per Septbr. 101.50, per Dezember 91.25. Behauptet.

Frankfurt a. M., 17. April. Effecten-Societät. (Schluß.) Creditactien 261½, Franzosen 217½, Lombarden 99½, 4% ungar. Goldrente 92.00, Gotthardtbahn 156.20, Disconto-Commandit 194.90, Dresdener Bank 146.80, Laurahütte 124.30, Gelsenkirchen 156.50, Marienburger 68.80. Schwach.

Wien, 17. April. (Schluß-Course.) Oester. Papierrente 92.57½, do. 5% do. 101.75, do. Gilberrente 92.60, 4% Goldrente 111.00, do. ungar. Goldrente 105.40, 5% Papierrente 101.45, 1860er Loose 140.00, Anglo-Aust. 161.50, Länderbank 218.30, Creditactien 300.00, Unionbank 238.00, ungar. Creditactien 344.00, Wiener Bankverein 114.50, Böhmen, Westbahn 350, Böhmen, Nordbahn 204.50, Busch, Eisenbahn 493.00, Dur-Bodenbacher, Elbenthalbahn 220.00, Nordbahn 278.50, Franzosen 249.00, Galizier 213.50, Lemberg-Ciern 246.00, Lombarden 116.25, Nordwestbahn 211.00, Pardubicher 179.50, Alp-Mont.-Act. 96.30, Tabakactien 159.25, Amsterd. Wechsel 96.30, Deutsche Plätze 57.20, Londoner Wechsel 116.55, Pariser Wechsel 46.17½, Napoleon 9.24½, Marknoten 57.17½, Russische Banknoten 1.37½, Silbercoupons 100.

Amsterdam, 17. April. Getreidemarkt. Weizen auf Termine höher, per November 259. — Roggen loco unverändert, auf Termine steigend, per Mai 183—184 bis 185—186—185, per Oktober 173—174—175—174. — Rüböl loco 34½, per Mai 32½, per Herbst 33½.

Antwerpen, 17. April. Weizen höher. Hafer fest. Gerste unverändert.

Antwerpen, 17. April. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 16¾ bez. und Br., per April 16½ Br., per Mai 16 Br., per Juni 16½ Br., per Septbr. Dezember 16½ Br. Fest.

Paris, 17. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per April 30.00, per Mai 30.00, per

Mai—August 30.00, per Septbr.—Dezbr. 29.60. — Roggen ruhig, per April 19.10, per Septbr.—Dezbr. 19.20. — Mehl unregelmäßig, per April 65.60, per Mai 64.70, per Mai—Aug. 64.80, per Septbr.—Dezbr. 64.80. — Rüböl ruhig, per April 75.25, per Mai 76.00, per Mai—Aug. 77.00, per Septbr.—Dezbr. 79.00. — Spiritus ruhig, per April 42.00, per Mai 42.50, per Mai—August 43.00, per Septbr.—Dezbr. 41.75. — Wetter: Schön.

Paris, 17. April. (Schlußcourse.) 3% amortisirb. Rente 95.00, 3% Rente 94.80, 4½% Ant. 105.77½, 5% ital. Rente 93.82½, österr. Goldr. 96½, 4% ungar. Goldrente 92.53, 3. Orientanleihe 78.06, 4% Russen 1880 100.30, 4% Russen 1889 98.90, 4% unific. Aegypt 495.30, 4% Ispan. äußere Anleihe 75½, conv. Türken 19.07, türk. Loose 75.40, 4% privilegierte türk. Obligationen 422.50, Franzosen 546.25, Lombarden 272.50, Lomb. Prioritäten 326.25, Banque ottomane 612.50, Banque de Paris 808.75, Banque d'Escompte 512.50, Crédit foncier 1256.25, do. mobilier 401.00, Meridional-Actien 680.00, Panamanakanal-Actien 36.25, do. 5% Obligat. 30.00, Rio Tinto-Actien 586.80, Guiekanal-Actien 2505.00, Gas Dorissen 1390, Crédit Lyonnais 775.00, Gas pour le Fr. et l'Etrang. — Transatlantique 565.00, B. de France 437.5, Ville de Paris de 1871 405.00, Tab. Ottom. 342.00, 23½% engl. Consols — Wechsel auf deutsche Plätze 122%, Londoner Wechsel kuri 25.21½, Cheques a. London 205.23, Wechsel Wien kuri 214.25, do. Amsterdam kuri 206.87, do. Madrid kuri 486.75, C. d'Esc. neue 615, Robinson-Act. 65.93, Neue 3% Rente 93.37½.

London, 17. April. Engl. 23½% Consols 96½, Dr. 4% Consols 104, ital. 5% Rente 92½, Lombard. 10½, 4% conv. Russen von 1889 (2. Serie) 99, conv. Türken 18½, österr. Gilberrente 79½, österr. Goldrente 96, 4% ungarische Goldrente 91½, 4% Spanier 75½, 3½% privil. Aegypt 91½, 4% unific. Aegypt 98½, 3% garantirte Aegypt — 4½% ägypt. Tributani. 76, 6% conv. Mexikaner 88½, Ottomanbank 143½, Guieaktion 99, Canada-Pacific 82½, De Beers-Actien neue 15½, Rio Tinto 23½, 4½% Rupees 76½, Arg. 5% Goldanleihe von 1886 69, do. 4½% äußere Goldanleihe 40, Neue 3% Reichsanleihe 83, Gilber 44½, Blathdiscont 33½.

London, 17. April. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. — Wetter: Heiter.

London, 17. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Ziemde Zufuhren seit leichtem Montag: Weizen 28.290, Gerste 4160, Hafer 45.660 Qrts. Alles, auch schwimmendes Getreide animirt, steigend; englischer Weizen 1½ sh., fremder 1½—1 sh. höher, jedoch dazu Häuser höhernd; Mehl 1½ sh. theurer, alles seit Mittwoch höher. Stadtmehl 30—39, fremdes 28—36; russischer Hafer 1½ sh. theurer, thätig. — Wetter: Heiter.

Glasgow, 17. April. (Schluß.) Roheisen. Migned numbers warrants 44 sh. 1½ d.

Glasgow, 17. April. Die Vorräthe von Roheisen in den Stores belauften sich auf 517.306 Tons gegen 803.648 Tons im vorigen Jahre. Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 52 gegen 87 im vorigen Jahre.

Liverpool, 17. April. (Getreidemarkt.) Weizen und Mehl 1½—1 d. höher. Mais 4 d. höher. — Wetter: Schön.

Petersburg, 17. April. Wechsel auf London 84.10, do. Berlin 41.25, do. Amsterdam 69.70, do. Paris 33.32½, 1½-Imperials 675, russ. Präm. Anleihe von 1864 (geft.) 240, do. 1866 222½, russ. 2. Orientanleihe 102, do. 3. Orientanleihe 102½, do. 4% innere Anleihe — do. 4½% Bodencredit-Pfandbriefe 135½, Große russ. Eisenbahnen 221½, russ. Südwestbahn-Act. 122½, Petersburger Discontobank 620, Petersburger Intern. Handelsbank 531, Petersburger Privat-Handelsbank 283½, russ. Bank für auswärt. Handel 286, Warschauer Discontobank — Russ. 4% 1889er Cons. 133, Privatdiscont 3½.

